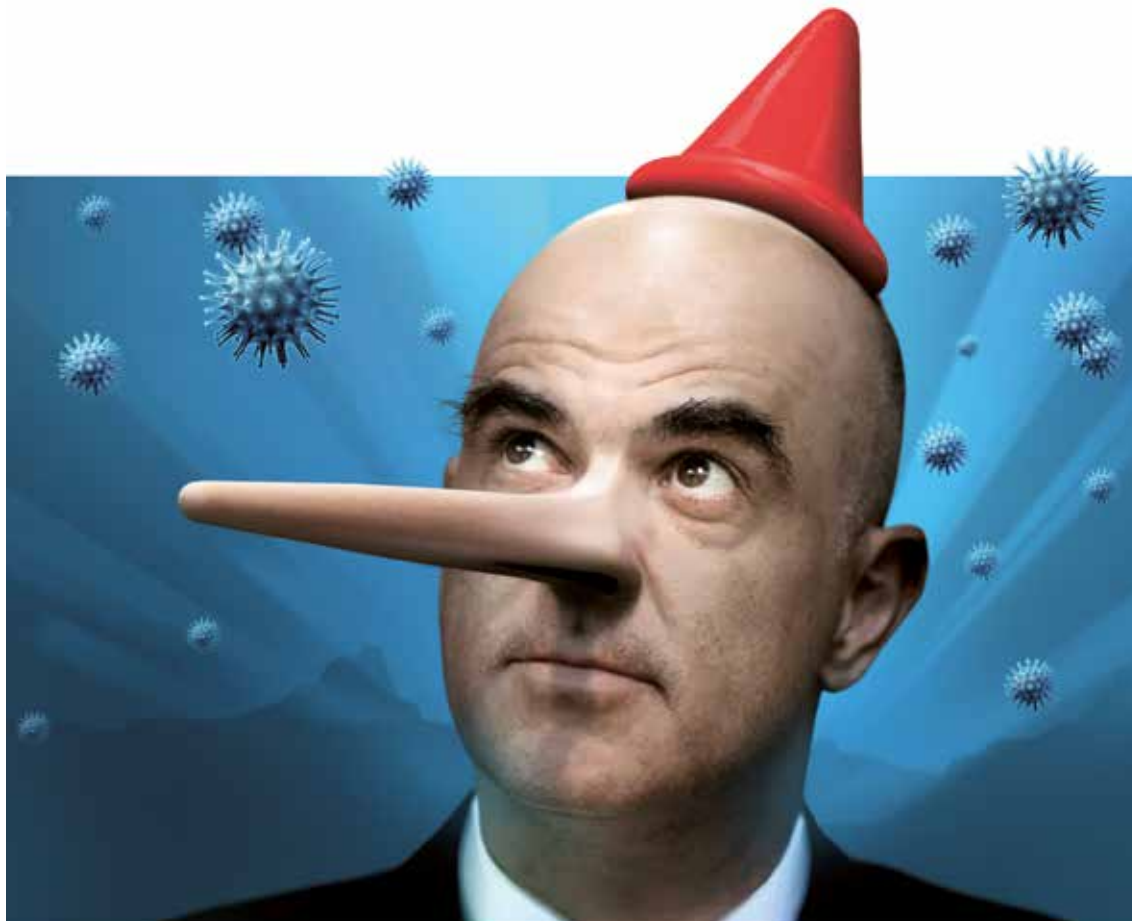

Sagen Sie endlich die Wahrheit, Herr Berset

Der Bundesrat hat die Bevölkerung gezielt manipuliert: Seine Impf-Lüge war Grundlage für die Ausgrenzung der Ungeimpften. Die Vorgänge müssen restlos aufgeklärt werden.

Philipp Gut



Es gab kein Halten mehr.

Der Geist ist aus der Flasche – und die Verbreiter der Impf-Lüge sitzen in der Falle: Nachdem es nun quasi amtlich ist, dass die Covid-Impfung nicht oder nur teilweise vor Ansteckung und Weiterverbreitung schützt, suchen sie verzweifelt nach Belegen dafür, dass ja von Anfang an klar gewesen sei, dass diese Impfung nicht davor schütze, wovor eine Impfung schützen soll: vor der Übertragung einer ansteckenden Krankheit. Aber diese Ausrede ist ein Schuss ins Knie.

Denn das ist ja gerade der Skandal, der den Regierungen jetzt um die Ohren fliegt: dass die Covid-Impfung diese Schutzwirkung nie gehabt hat – und dass die Verantwortlichen im Wissen um die Wirkungslosigkeit das Gegenteil behauptet haben.

Den «Faktencheckern» der Mainstream-Medien, die nach den Enthüllungen der

Weltwoche den unter Rechtfertigungsdruck geratenen Behörden untätigst zu Hilfe eilen, ist entgegenzuhalten: Es geht nicht darum, was Wissenschaftler oder Vertreter der Pharmafirmen gesagt und nicht gesagt haben – entscheidend ist, was uns die Politiker gesagt und, vor allem, was sie getan haben. Aufgrund ihrer irreführenden Aussagen wurden weitreichende politische Entscheide gefällt und Abstimmungskämpfe geführt.

Ertapptes BAG

Das gilt insbesondere für Gesundheitsminister Alain Berset. Inzwischen kommen auch staatstragende Medien wie die *Neue Zürcher Zeitung* (NZZ) nicht mehr darum herum, die Fakten anzuerkennen und kritische Fragen an den Bundesrat zu stellen. «Hat er die Bevölkerung hinters Licht geführt?»,

fragt die NZZ – und liefert die Antwort gleich selbst.

Die *Neue Zürcher Zeitung* bringt mehrere Belege dafür, dass Berset und sein Bundesamt für Gesundheit (BAG) die Bevölkerung be-

«Mit dem Zertifikat kann man zeigen, dass man nicht ansteckend ist», sagte Berset.

logen haben. Das wiegt umso schwerer, als damit nicht nur die Millionen-Deals für einen entgegen offiziellen Aussagen nur begrenzt wirksamen Impfstoff legitimiert wurden, sondern auch einschneidende Grundrechtseinschränkungen wie die Zertifikatspflicht. So sagte Berset noch am 27. Oktober 2021 im Schweizer Fernsehen: «Mit dem Zertifikat

kann man zeigen, dass man nicht ansteckend ist.» Es sei «der Ausweg aus der Krise».

Als Impf-Lügner erappt ist auch das federführende BAG: «Die Impfung schützt davor, am Coronavirus zu erkranken und es an andere Menschen weiterzugeben», liess es ebenfalls noch vor einem Jahr «ohne Wenn und Aber» (NZZ) verlauten.

Dabei wussten die Verantwortlichen von Anfang an, dass das nicht stimmt. In der «Covid-19-Impfstrategie» von Bersets Eidgenössischem Departement des Innern (EDI)

Die Ungeimpften wurden zu Sündenböcken gemacht und als asoziale Gesellen diffamiert.

vom 16. Dezember 2020 steht unter Ziffer 12 («Offene Punkte mit Einfluss auf die Impfstrategie»): «Mangel an Daten über die Wirksamkeit der Impfung (oder vielleicht einzelner Impfstoffe) in Bezug auf die Reduktion der Ansteckungsfähigkeit/Übertragung.»

Das wurde auch in der Folge nicht besser belegt, im Gegenteil: Je länger die Impfkampagne dauerte, desto offensichtlicher wurde, dass die Covid-Impfung keine Impfung ist, sondern allenfalls eine Therapie in Spritzenform mit bekannten und unbekannt Nebenwirkungen.

«Impf-Kasper isolieren»

Entgegen dieser nachweisbaren Tatsachen wurde die amtliche Impf-Lüge zur Grundlage und Triebfeder für eine beispiellose Ausgrenzung und Verketzerung all jener, die sich dem Impfdruck nicht beugten. Die Ungeimpften wurden zu Sündenböcken gestempelt und als unsolidarische, geradezu asoziale Gesellen diffamiert, als angebliche Bedrohung und tödliche Gefahr für die Mitmenschen vom sozialen Leben ausgesperrt. Verantwortliche Politiker wie der deutsche Bundesgesundheitsminister Jens Spahn sprachen von einer «Pandemie der Ungeimpften».

In der Schweiz befeuerte BAG-Direktorin Anne Lévy die Kampagne gegen Skeptiker mit Aussagen wie: «Für Ungeimpfte fehlt mir das Verständnis» (Sonntagsblick, 12. 12. 2021). Dabei hatte dasselbe BAG in der Person von Virginie Masserey, Leiterin Sektion Infektionskontrolle und Impfprogramme, bereits am 3. August 2021 eingeräumt: «Covid-19-Geimpfte können das Coronavirus genauso häufig verbreiten wie Ungeimpfte.»

Doch nicht nur der Staat schwindelte und schwurbelte, dass die Balken krachten, auch Medienkonzerne wie Ringier bauten auf der Impf-Lüge ihr publizistisches und beziehungs-politisches Geschäftsmodell auf. «Die Impfgegner machen mit dem Virus gemeinsame Sache», behauptete Sonntagsblick-

Chefredaktor Gieri Cavelti, während sein Medienhaus gemeinsame Sache mit Bundesrat Berset machte (wie das von mir im Nebel-spalter enthüllte Video von Ringier-CEO Marc Walder beweist).

Es gab kein Halten mehr. Watson-Chefredaktor Maurice Thiriet wollte die «Impf-Kasper» isolieren, während Sanija Ameti, grünliberale Politikerin und Co-Präsidentin der Operation Libero, sich im «Club» von Schweizer Radio und Fernsehen (SRF) zur Aussage verstieg: «Die Verantwortlichen für die Toten sind die Ungeimpften.»

Doppelte Nötigung

Verbunden wurden diese ungeheuerlichen Anschuldigungen mit offenen Aufrufen zu Benachteiligung und Bestrafung. «Eine Diskriminierung der Impfverweigerer ist gerechtfertigt», befand Pascal Hollenstein, damals publizistischer Leiter von CHMedia und heute beim Bund untergeschlüpft. Die Ungeimpften sollten, obwohl sie wie alle anderen Krankenkassenprämien und Steuern zahlen, zu Sonderabgaben verpflichtet werden und bei der Gesundheitsversorgung hintenanstehen. Die Apartheid nennt sich heute «Triage».

Auch einflussreiche Politikerinnen wie Mitte-Nationalrätin Ruth Humbel oder die Zürcher SVP-Regierungsrätin Natalie Rickli forderten, Ungeimpfte sollten im Krankheitsfall nicht behandelt werden. «Wer Impfgegner ist, der müsste eigentlich eine Patientenverfügung ausfüllen, worin er bestätigt, dass er im Fall einer Covid-Erkrankung keine Spital- und Intensivbehandlung will», so Rickli am 31. August 2021 im Tages-Anzeiger.

Der Zürcher Rechtsanwalt Philipp Kruse, der sich schwerpunktmässig mit den ver-

schiedenen Rechtsverletzungen im Corona-Regime auseinandersetzt, spricht in diesem Zusammenhang von einer «doppelten Nötigung»: Mit der Einführung der Zertifikatspflicht für weite Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens schikanierte der Bundesrat sowohl Konsumenten als auch Unternehmer über Monate hinweg. Im Resultat lautete die Wahl: entweder zu Hause bleiben oder sich impfen lassen. Und für die betroffenen Unternehmer: entweder die Zutrittsbeschränkung durchsetzen oder Zwangsschliessung des Geschäfts. All dies gründete auf der von Bundesrat Berset an vorderster Front verbreiteten Impf-Lüge.

Rekorddefizite in der Bundeskasse

Was nun, Herr Berset? Werden die amtlich injizierten Unwahrheiten, die gezielte, systematische Manipulation der Öffentlichkeit politische Konsequenzen haben?

Die Frage muss sich der verantwortliche Gesundheitsminister persönlich stellen, aber auch die Politik und das Parlament. Denn eines ist gewiss: Die Impf-Lüge ist, wie skiz-

Milliardengewinnen der Pharma stehen noch höhere Kosten für die Steuerzahler gegenüber.

ziert, nicht nur an sich ein Skandal – sie hat auch den Boden bereitet für eine Kaskade von schwerwiegenden Staatseingriffen und Grundrechtsverletzungen mit gravierenden gesellschaftlichen, ökonomischen und rechtlichen Folgeschäden, bis hin zu Wirtschaftsverbieten («Lockdown»). Milliardengewinnen der Pharmafirmen stehen noch höhere Kosten für die Steuerzahler gegenüber.

Die auf schwankendem Grund errichtete Pandemiepolitik des Bundesrats hat Rekorddefizite in die Bundeskasse gerissen, Unternehmen zerstört, Existenzen vernichtet. Die Grundrechte wurden grundlos eingeschränkt, sich ständig ändernde Verordnungen wurden in derart rasendem Tempo ohne demokratische Kontrolle erlassen, dass der Bund selbst nicht mehr wusste, was wann galt. Die Rechtssicherheit war geschreddert. Der Rechtsstaat zeigte «Auflösungserscheinungen» (Professor Marcel Niggli).

Ich wüsste jedenfalls nicht, wann die Schweiz zuletzt derart vom Kurs abgekommen wäre wie in diesen letzten zwei Jahren. Die Fichenaffäre ist Lindenblütentee dagegen. Wann, wenn nicht jetzt, wäre eine parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) einzusetzen?

Ihren Job machen müssten endlich auch die Finanzkommissionen der eidgenössischen Räte, die Finanzdelegation (der je drei National- und Ständeräte angehören) oder die Ge-



„Und dann hat er einfach die Lampe umgebaut...“

MEDIEN

Geheimwissen der Faktenchecker

Wer in diesen Tagen etwas an der Covid-19-Impfung zu bemängeln hat, ist ein undankbarer Geselle. Wie kann man von einem dauerhaften Schutz zu hundert Prozent und ohne Nebenwirkungen träumen?

Das ist die sinngemässe Zusammenfassung eines Beitrags in der letzten *Sonntagszeitung*. Er war die Reaktion auf den Vorwurf der «Impf-Lüge». Bekanntlich haben die Hersteller des Covid-19-Impfstoffes nie überprüft, ob dieser die Übertragung des Virus verhindert. Das hat eine Kaderfrau des Pharmaunternehmens Pfizer vor dem EU-Parlament zugegeben.

Was aber nicht heisse, dass jemand gelogen habe, so die *Sonntagszeitung*. Denn das habe man schon lange gewusst. Die *NZZ* schreibt, die Ansteckungsfrage sei «gar nicht das Ziel der Studie» gewesen. Die Blätter von CH Media halten fest: Für Fachleute sei von Beginn an klar gewesen, «dass die Impfung nie einen hundertprozentigen Schutz insbesondere gegen Ansteckung bieten kann».

Alle wussten also alles. Aber keiner hat es jemals geschrieben.

Es stimmt, dass es vor dem EU-Parlament zu keiner eigentlichen Enthüllung kam. Die klinische Studie zu den Impfstoffen versprach nicht, die Infektionskette des Virus zu unterbrechen. Aber was die Zeitungen unterschlagen: Der Vorwurf der Impf-Lüge ist nicht gegen die Hersteller gerichtet. Sondern gegen diejenigen, die dem Impfstoff wider besseres Wissen eine viel zu grosse Wirksamkeit zuschrieben. Allen voran der Bundesrat. Der betrieb seine Impfkampagne mit Heilsversprechen, von denen er wusste, dass sie nicht zutreffen.

Die Journalisten schwiegen

Der Versuch, alles im Nachhinein besser klingen zu lassen, ist verständlich, weil die Medienhäuser Teil der Lüge waren. Sie schrieben selbst unzählige Male, Geimpfte seien nicht mehr ansteckend. Ihre Verteidigungsreden werden aber zum Rohrkrepierer. Journalisten und Faktenchecker müssten jetzt dringend erklären, warum sie das, was sie ja schon so lange wussten, wie einen Schatz hüteten.

Wieso haben sie nicht darauf hingewiesen, dass die Impfung nicht vor Ansteckung und Übertragung schützt, als Alain Berset mehrfach das Gegenteil behauptete? Wo blieb der Aufschrei, als das Covid-Zertifikat eingeführt wurde, das die «gefährlichen» Un-

geimpften fernhalten sollte? Oder als «2-G» kam mit der Begründung, dass «nicht Geimpfte das Virus leichter weitergeben»? Die Journalisten schwiegen.

Sie begründen das heute damit, dass zu jenem Zeitpunkt das fehlende Puzzleteil aus den Zulassungsstudien nachgereicht worden sei: der Beweis einer reduzierten Übertragung durch die Impfung. Dabei beziehen sie sich auf einzelne Studien, die später entstanden. Nun wisse man, so die *Sonntagszeitung*: Zu über 90 Prozent verhindere die Impfung «eine Infektion und damit auch eine Weiterverbreitung des



Spaltung der Gesellschaft auf Basis falscher Angaben: Ringier-CEO Marc Walder (r.) mit Berset.

Virus». Dumm nur, dass das Virus bei ständig steigender Impfquote fröhlich weitergrassierte. Die Studienresultate haben mit der Realität also nichts zu tun.

Doch viel entscheidender: Regierung und Behörden sprachen über viele Monate hinweg ganz konkret von einer Verhinderung der Ansteckung, nicht von einer Reduktion. Die Story wurde später nach und nach verändert. Aber wie sie begann, kann man heute noch nachlesen.

Dass der Allgemeinheit die Impfung mit falschen Versprechungen verkauft wurde, kann damit niemand ernsthaft bestreiten. Ebenfalls, dass viele der Corona-Massnahmen mit einer Wirksamkeit begründet wurden, die es nie gab. Die Spaltung der Gesellschaft basierte auf falschen Angaben.

Ob man das nun Lüge, Bluff oder Übertreibung nennt, ist Geschmackssache.

Eines war es jedenfalls mit Sicherheit nicht: die Wahrheit.

Stefan Millius

schäftsprüfungskommissionen. Das sind alles Aufsichtsgremien mit gesetzlicher Kontrollfunktion. In der EU ermittelt bereits die Staatsanwaltschaft.

Die dabei zu klärenden Fragen und Forderungen springen ins Auge: Zuallererst müssen die immer noch grossflächig geschwärtzten Verträge des Bundes mit den Impfstoff-

Warum und unter welchen Bedingungen wurden die Hersteller von welcher Haftung befreit?

herstellern vollständig offengelegt werden. Es kann nicht sein, dass die Bürger und Steuerzahler nicht wissen dürfen, was drinsteht, aber die Zeche bezahlen müssen. Schluss mit Lügen und Verstecken, Herr Berset!

Weiter wäre zu untersuchen: Warum und unter welchen Bedingungen wurden die Hersteller von welcher Haftung befreit? War es notwendig, solch grosse Quantitäten zu beschaffen – wissend, dass noch niemals in auch nur annähernd so kurzer Zeit ein sicherer und zuverlässiger Impfstoff hergestellt werden konnte? Wurde unabhängig geprüft, ob die eingekauften Stoffe tatsächlich die ihnen zugeschriebenen Qualitäts- und Sicherheitsmerkmale aufwiesen? Wurden diese Fragen jemals einer grundlegenden Neubeurteilung unterzogen, oder hat man sich seit dem Start der Impfkampagne im Dezember 2020 einfach blind auf die Behauptungen des Bundesrats verlassen?

Und schliesslich: Warum haben Berset und das BAG die Bevölkerung wiederholt belogen?

Unabhängiges Spezialgericht gefordert

Einen anderen Weg beschreitet eine derzeit bei der Bundeskanzlei zur Prüfung liegende Initiative zur Aufarbeitung der Hintergründe der Corona-Pandemie («Aufarbeitungsinitiative»), eingereicht durch eine Gruppe von Bürgerinnen und Bürgern: Sie verlangt eine unabhängige ausserparlamentarische Untersuchungskommission sowie ein unabhängiges Spezialgericht, das die «durch die Kommission als Indizien für Verbrechen und Vergehen beurteilten Sachverhalte» beurteilen soll.

Philipp Gut ist Inhaber der Kommunikationsagentur Gut Communications GmbH, Journalist unter anderem beim *Nebelspalter*, Verleger der *Umwelt-Zeitung* sowie Buchautor. Zuvor war er Inlandchef und stellvertretender Chefredaktor der *Weltwoche*.